



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe November 2005-I

Inhalt:

1. Koalitionsverhandlungen: Föderalismus und Beamtenrecht
2. Koalitionsvertrag: Bürokratieaufbau und Einkommenskürzungen
3. Schutzjacken für Brandermittler
4. SPD wählt Kurt Beck als Spitzenkandidat
5. Schwere Raubserie in Schweden
6. Fallzahlen bestätigen Verbotsforderung
7. EU-Gipfel zu Globalisierungsfolgen:
8. Besseres Sozialklima durch einheitliche Bekleidungsregeln?
9. Projekt zur Arbeitssicherheit auf Polizeibooten
10. Täter-Opfer-Ausgleich nur begrenzt anwendbar
11. Leserbrief: Hallo Bernd!
12. Zur Erinnerung

1. Koalitionsverhandlungen: Föderalismus und Beamtenrecht

Das Dienstrecht in Fragen der **Besoldung, Versorgung** und der **Laufbahnen** soll in die eigenständige Gesetzgebung von Bund und Länder übertragen werden. Statusrechte und -pflichten sollen der konkurrierenden Gesetzgebung (Zustimmung Bundesrat erforderlich) unterliegen. Es soll eine Übergangsregelung geben, wonach das Besoldungs- und Versorgungsrecht solange weitergilt, bis die Länder bzw. der Bund eigenständige Regelungen getroffen haben.

In Sachen **Organisations- und Personalhoheit** bedeutet dies:

Artikel 74 Abs. 1 Nr. 27 Grundgesetz (neu): "Die Statusrechte- und -pflichten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen mit Ausnahmen der Laufbahnen, Besoldung und Versorgung."

Neufassung des Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz: "Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Beamtenrechts zu regeln und fortzuentwickeln".

Obwohl die beamtenrechtlichen Vorschriften ausdrücklich eine Weiterentwicklung des Dienstrechtes vorsehen, ist wohl beabsichtigt, beamtenrechtliche Regelungen weiter zu verschlechtern.



www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



Eine Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz von Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht in die Zuständigkeit der Länder und des Bundes führt zu **katastrophalen Fehlentwicklungen** im öffentlichen Dienst. Jedes Bundesland benötigt in Zukunft mehr Personal für die Verwaltung der Dienstrechtsangelegenheiten und einen großen Apparat für die beständige Novellierung desselben. Es drohen 17 unterschiedliche Besoldungs- und Versorgungsgesetze. Die Laufbahnen im öffentlichen Dienst würden gänzlich unvergleichbar und die erforderliche Mobilität von Beamtinnen und Beamten würde massiv behindert. Das ist - mit Verlaub - das krasse Gegenteil einer Modernisierung des Beamtenrechts.

Unter den gegebenen Bedingungen leerer öffentlicher Kassen, droht ein **Dumpingwettbewerb** bei Besoldung und Versorgung. Die Länder haben bereits die Möglichkeit Sonderzahlungen eigenständig zu regeln in negativer Hinsicht genutzt. In den Ländern wurde das Urlaubsgeld gestrichen, Sonderzahlungen gestrichen oder gekürzt. Das wäre in Zukunft auch bei der Grundbezahlung und der Versorgung möglich.



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Finanzen, Peer Steinbrück (ehemaliger Ministerpräsident NRW, SPD) und Roland Koch (Ministerpräsident Hessen, CDU) wollen noch mehr verschlechtern. Demnach sollen für die rund 300 000 Beamtinnen und Beamte des Bundes die bereits gekürzten Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) nochmals halbiert werden. Den Pensionären soll die Sonderzahlung komplett gestrichen werden. Außerdem plant die zukünftige Bundesregierung die Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten des Bundes auf 41 Stunden pro Woche zu erhöhen.

Das ist ein Entsolidarisierungs- und Gehaltsabsenkungsprogramm erster Güte. Weitere Konsequenzen sind eine Signalwirkung auf kommunale Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte bei den Ländern, negative Entwicklungen bei der Binnennachfrage, da Beamtinnen und Beamte sowie Pensionäre sicherlich weniger Geld in der Tasche für privaten Konsum haben werden. Wie diese Politik Deutschland aus der Krise führen soll, bleibt im Verborgenen!

2. Koalitionsvertrag: Bürokratieaufbau und Einkommenskürzungen



„Mit dem Koalitionsvertrag hat die zukünftige Bundesregierung die Weichen für Bürokratieaufbau und die Rückkehr in die Kleinstaaterei gestellt“, kritisiert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), **Konrad Freiberg**. „Wenn die bisherigen Kompetenzen des Bundes für Laufbahn, Besoldung und Versorgung auf die 16 Bundesländer und den Bund aufgesplittert werden, zahlt der Bürger drauf. Das hat mit Konsolidierung nichts zu tun, sondern ist in höchstem Maße Kosten treibend.“

Zukünftig werden statt des bisherigen einmaligen Gesetzgebungsverfahrens unter anderem 17 Besoldungsrunden notwendig sein. Das binde nicht nur Personal, sondern auch Finanzen. **Freiberg**: „Damit wird das Gegenteil von dem erreicht, was versprochen wurde, nämlich die Staatsausgaben zu senken.“



Der zu erwartende Wettlauf der Länder um weitere Einkommenskürzungen werde, so der GdP-Vorsitzende, die ohnehin schwache Binnennachfrage abwürgen. **Freiberg:** „Die Polizeibeamtinnen und -beamten, die darüber hinaus auch noch die Anhebung der Mehrwertsteuer ohne jeden Ausgleich zu tragen haben, werden wieder doppelt und dreifach belastet.“

„Mir graust jetzt schon vor dem Tag, ab dem wir unsere Arbeitszeit mit diesem Unsinn verschleudern müssen. Und die Tarifverhandlungen stehen auch noch aus“, kritisiert der Landesvorsitzende der GdP **Ernst Scharbach** die Koalitionsvereinbarung.

3. Schutzjacken für Brandermittler

Bernd Becker und **Alfons Meyer** hatten sich dafür eingesetzt, dass alle Ermittler bei Branddelikten endlich mit Schutzbekleidung ausgerüstet werden sollten. Der GdP-Landesvorstand mahnte in einem Schreiben an Innenminister **Karl Peter Bruch** eine rasche Beschaffung an. Die Antwort aus dem ISM: *„Nach Ausgabe der für die KrimKatKom vorgehaltenen Bestände besteht nach Feststellungen der Bepo (mit Unterstützung des LKA) landesweit noch ein Bedarf von insgesamt 159 Schutzjacken für Brandermittler, mit einem Auftragsvolumen von 35.000 bis 40.000 €. Da eine freihändige Vergabe eines entsprechenden Beschaffungsauftrages nicht in Betracht kommt, sondern eine Ausschreibung vorzunehmen ist, wird es erst im nächsten Jahr zur Auslieferung der Jacken kommen. Die Bepo ist gehalten, die Beschaffung im Rahmen des rechtlich Möglichen zu forcieren.“*



4. SPD wählt Kurt Beck als Spitzenkandidat

Mit 99,5 % der Delegiertenstimmen wurde Kurt Beck erneut als Spitzenkandidat der SPD gewählt. Insgesamt wählte die Partei 101 Listenkandidaten für die Landtagswahl am 26. März 2006. Unser ehemaliger Innenminister Walter Zuber kandidiert auf Platz 18, der jetzige Staatssekretär des ISM Hendrik Hering auf Platz 6, der SPD-Polizeisprecher Carsten Pörksen auf Platz 14. Kollege Michael Hüttner, der einzige Polizist auf der Liste, belegt Platz 45.

Das Regierungsprogramm 2006 - 2011 der SPD wurde einmütig beschlossen. Abschnitt VI "Wir gewährleisten Sicherheit und Recht" widmet sich der Polizei und der Justiz. Der Abschnitt liegt als Auszug bei den Vertrauensleuten der GdP vor. Die GdP wurde auf dem Parteitag durch Ernst Scharbach vertreten.

5. Schwere Raubserie in Schweden

Nach dem 34. Raubzug auf einen Geldtransport in Schweden in diesem Jahr weigern sich die Sicherheitsfirmen, weiterhin ohne Polizeischutz Geld zu transportieren. „Niemand braucht zu riskieren, bei seiner Arbeit in die Luft gesprengt zu werden“, zitiert die FRANKFURTER RUNDSCHAU den Chef der Gewerkschaft der Transportarbeiter Per Winberg.

Die professionellen und völlig rücksichtslosen Verbrecher setzen Schusswaffen, Sprengstoff zum Aufsprengen der gepanzerten Wagentür und Nagelteppiche zur Verhinderung von Verfolgungen ein.

Die schwedische Polizei lehnt Eskorten aus Personalmangel ab.



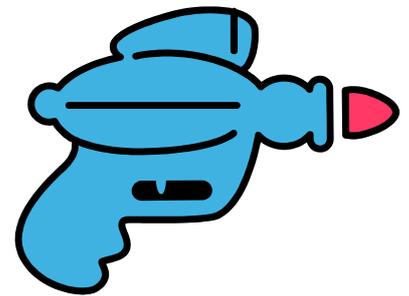
6. Fallzahlen bestätigen Verbotsforderung

In den letzten drei Jahren wurden in Rheinland-Pfalz circa 300 Softair-Waffen sichergestellt, die durch das Landeskriminalamt untersucht wurden. „Diese Zahl belegt, dass auch in Rheinland-Pfalz eine Vielzahl dieser, gerade für Kinder und Jugendliche gefährlichen ‚Spielzeuge‘ verbreitet ist“, so die Abgeordnete **Marlies Kohnle-Gros**.

Eine kleine Anfrage zu Vorfällen mit Softair-Waffen hat ergeben, dass alleine im Jahr 2004 23 dieser Waffen als Tat- und Drohmittel bei Straftaten eingesetzt wurden, z.B. in Zusammenhang mit Raubdelikten, Bedrohungen oder Körperverletzungen. Der Anstieg von Gewalt und Kriminalität an den Schulen im Land ist auch daran abzulesen, dass hier in den letzten drei Jahren 36 Fälle des Mitführens dieser Waffen bekannt wurden. „Mit der Zugriffsmöglichkeit auf diese Waffen steigt natürlich auch die Gefahr einer rechtswidrigen Verwendung“, betont die polizeipolitische Sprecherin der CDU.

2002 kam es in 24 Fällen zu teilweise schweren Verletzungen durch Softair-Waffen. Dabei wurden Schüsse in die Augen, die Ohren, auf Beine oder den Rücken festgestellt. „Wenn man bedenkt, dass die Kugeln der Waffen zum Verlust der Sehkraft führen können, muss jeder verantwortliche Rechts- bzw. Innenpolitiker für ein Verbot dieser Waffen plädieren“, stellt **Marlies Kohnle-Gros** fest. „Es kann und darf nicht sein, dass Kinder diese gefährlichen Gegenstände legal besitzen und benutzen können. Die Profitgier der ‚Spielzeugproduzenten‘ darf nicht wichtiger sein als die Sicherheit und die Gesundheit unserer Kinder.“ Ihre Fraktion werde sich für ein Verbot der Waffen einsetzen, kündigt die Abgeordnete an.

„In Moers kam es erstmals zu einem Schusswaffengebrauch, weil eine Kollegin mit einer Softair-Waffe bedroht wurde. Wir fordern die Politik auf, rasch zu handeln,“ unterstützt der Landesvorsitzende der GdP **Ernst Scharbach** die Verbotsforderung.



7. EU-Gipfel zu Globalisierungsfolgen:

Attac fordert "Politikwechsel statt Schaumschlägerei"

Der informelle EU-Gipfel im britischen Hampton Court zu den Folgen der Globalisierung ignoriert nach Ansicht des globalisierungskritischen Netzwerks Attac die entscheidenden Fragen. Zwar könne ein Fonds zur Abmilderung von Globalisierungsfolgen und zur Gestaltung von Strukturwandel durchaus sinnvoll sein, doch dies reiche keinesfalls aus, sagte Attac-Sprecher **Malte Kreutzfeldt**: "Es ist Unsinn, die Symptome mildern zu wollen, die Ursachen aber gleichzeitig weiter zu verschärfen."



Während jetzt in Hampton Court große Sorge über die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung demonstriert werde, treibe die EU diese mit ihrer auf Liberalisierung angelegten Politik weiter voran, sagte **Kreutzfeldt**: "Statt der Schaumschlägerei von Blair und Barroso ist ein echter Politikwechsel in der EU erforderlich." Mit der **Bolkestein-Richtlinie** und der EU-Linie bei den WTO-Verhandlungen sowie mit dem Verzicht auf eine gemeinsame Sozial- und Steuerpolitik heize die EU den Wettlauf um die niedrigsten Standards



immer weiter an.

Eine zentrale Voraussetzung für die Gestaltung von Globalisierungsprozessen ist nach Ansicht von Attac, dass die Gewinner der Globalisierung - vor allem transnationale Unternehmen und vermögendere Privatpersonen - zur Kasse gebeten werden. Um Sozial- und Steuerdumping in der EU zu stoppen, seien europaweite Mindeststandards für Steuern und soziale Abgaben dringend erforderlich. Durch ein so genanntes Korridor-Modell müsste deren Anteil zudem mit wachsendem BIP ausgeweitet werden.

8. Besseres Sozialklima durch einheitliche Bekleidungsregeln in der Schule?

Im Sommer 2004 legte an einer Gesamtschule in der Nähe von Hannover die Schulleiterin fest, welche Art von Kleidung in der Schule zu tragen sei. Es begann eine Diskussion über Vor- und Nachteile einheitlicher Kleidung an deutschen Schulen. Ein Team von Unterrichtsforschern der Justus-Liebig-Universität Gießen führten nun die Ergebnisse einer empirischen Studie zum Tragen von Schulkleidung vor. Die Ergebnisse der Studie unter dem Titel „Kleider machen Schule? Korrelate des Tragens einheitlicher Schulkleidung“ wurden im Heft 4 der Zeitschrift „Psychologie in Erziehung und Unterricht“ veröffentlicht und zeigen auf, dass in Klassen mit einheitlicher Schulkleidung ein besseres Sozialklima, eine höhere Aufmerksamkeit, ein höheres Empfinden von Sicherheit sowie ein generell niedrigerer Stellenwert von Kleidung beobachtet werden kann als in Vergleichsklassen ohne einheitliche Bekleidungsregelung. Die Unterschiede zeigen sich jedoch erst in höheren Klassen, wenn die einheitliche Schulkleidung bereits einige Zeit getragen wird.



Quelle: Polizei-Newsletter

9. Projekt zur Arbeitssicherheit auf Polizeibooten

Bei der Verkehrsüberwachung, (technischen) Kontrolle von Gefahrgutschiffen, Rettung/Bergung von Booten und Personen und bei der Fahndung kann der Routineeinsatz für Polizeibeamte auf Polizeibooten gefährlich für Leib und Leben werden. Zu sehen sind auch die Bedingungen auf den Booten und den Wasserstraßen. Gearbeitet wird auf engem Raum, bei hohem Tempo, bei Wellengang und schlechten Wetterverhältnissen und im polizeiüblichen Schichtdienst. Wer körperlich nicht wirklich fit ist, für den erhöht sich zusätzlich die Gefahr, verletzt zu werden oder über Bord zu gehen. Drei Institute sind an dem mit 200.000 Euro von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) geförderten sozialwissenschaftlich-technischen Forschungsprojekt „Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Polizeibooten“ beteiligt. Es sind die beiden An-Institute der Uni Duisburg-Essen „Rhein-Ruhr Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP)“ und „Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme (DST)“ sowie die „Sozialforschungsstelle Dortmund“ (SFS). Weitere Informationen unter <http://www.risp-duisburg.de/abtpro/abs/ABSproVII.htm>. Quelle: Informationsdienst Wissenschaft e.V., Bayreuth (<http://idw-online.de/pages/de/news108379>)



Quelle: Polizei-Newsletter

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 📠 06131-96009-99



10. Täter-Opfer-Ausgleich nur begrenzt anwendbar

Den Vorschlag von Justizminister Herbert Mertin, den Täter-Opfer-Ausgleich als Mittel der Konfliktschlichtung auch auf Fälle der mittleren und schweren Kriminalität anzuwenden, wird vom Vorsitzenden der AsJ Rheinland-Pfalz, **Dr. Rolf Meier**, mit Skepsis aufgenommen. „Gerade traumatisierte Opfer können die erneute Konfrontation mit dem Täter oft nicht aushalten“, so Meier wörtlich. Der nützliche und sinnvolle Täter-Opfer-Ausgleich dürfe nicht in Situationen angewendet werden, in denen er als Mittel zur Herstellung des Rechtsfriedens versagen müsse, weil die erlittenen Verletzungen zu schwerwiegend seien. Dies sei aber gerade bei mittlerer und besonders auch bei schwerer Kriminalität oft der Fall, so **Meier** weiter.

Bernd Becker, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: „Aufgabe staatlicher Institutionen ist immer die Herstellung des Rechtsfriedens, möglichst auf dem Fuße und möglichst unkompliziert, also in geeigneten Angelegenheit schon durch die polizeiliche Intervention. Je schwerwiegender die Sachverhalte, die Schäden und die strafrechtlichen Vorwürfe werden, desto mehr muss auch darauf geachtet werden, nicht mit Luftgewehren auf Raubvögel zu schießen. Anders ausgedrückt: Wenn hart gesottene Straftäter anfangen, sich über solche Weichei-Methoden des Staates lustig machen, sind die Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs überschritten.“



11. Leserbrief: „Hallo Bernd!“

Habe grade die Mail bezüglich der Beförderungen zum 18. Mai 2006 gelesen. Wem ist denn das zu verdanken, dass nach so l a n g e r Zeit endlich die Altersgrenze von 30 Jahren zum Hauptmeister nicht mehr zwingend vorgegeben ist? Wenn die Polizei es jetzt noch schafft, die Altersgrenze für die Bewährungsaufsteiger vom mittleren Dienst zum PK runterzuschrauben, ist für alle im mittleren Dienst, die nicht zum ASA konnten oder wollten, wieder Land in Sicht! Liebe Grüße aus Straßenshaus“

12. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Auto kaufen?
Verreisen?
PSW 06131/96009-23 oder -31
Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:
Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz
www.gdp-rp.de gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach
06131-96009-0 ☎ 06131-96009-99 @: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de www.gdp-rp.de